



Zweite Welle der Covid19-Pandemie – Maßnahmen der Justiz

Die sogenannte „zweite Welle“ der Covid19-Pandemie hat unser Land erfasst. Nahezu das ganze Bundesgebiet leidet unter stark angestiegenen Fallzahlen – nur wenige Landesteile werden durch das Robert-Koch-Instituts noch als Nicht-Risikogebiete ausgewiesen. Die Virologen erklären, dass der beste Schutz vor der weiteren Ausbreitung des Virus weiterhin durch die **konsequente Vermeidung von sozialen Kontakten** zu erreichen ist.

Die Deutsche Justiz-Gewerkschaft fordert deshalb erneut, geeignete Maßnahmen zum Schutz der Bediensteten und von Besucherinnen und Besuchern der Justizeinrichtungen zu ergreifen!

Wir fordern unter anderem konkret ein konsequentes Umsetzen der „Maskenpflicht“ außerhalb der Büroräume auf Fluren, in den Eingangsbereichen, Toiletten und Wartezonen. In Bereichen der Justiz, in denen ein direkter persönlicher Kontakt zu Bediensteten und vor allem zu Besucherinnen und Besuchern unumgänglich ist, fordern wir - zusätzlich zur Maskenpflicht - den konsequenten Aufbau von sogenannten „Spuckschutzwänden“. Wir erinnern an die Verantwortung des Arbeitgebers bzw. Dienstherrn nicht nur gegenüber seinen Bediensteten, sondern auch gegenüber deren Angehörigen bzw. Familien!

Weiterhin sollte in allen Arbeitsbereichen der Justiz über die Einführung von geteilten Diensten respektive „A-und-B-Teams“ und besonders die Ausweitung des Angebotes der **Telearbeit** entschieden werden. Die vielfach guten Erfahrungen seit dem Ausbruch der Pandemie im Frühjahr diesen Jahres haben gezeigt, dass Telearbeit – bei sachgerechter technischer Ausstattung – eine Alternative zur Arbeit im Büro darstellt!

Die Deutsche Justiz-Gewerkschaft Bund wünscht sich einen sorgsamen, aber auch besonnenen Umgang mit dieser Krise und die Sensibilisierung aller politischen Verantwortungsträger für die Belange unserer Kolleginnen und Kollegen. Weder „Panikmache“ noch „Kleinreden“ helfen uns in dieser Situation weiter.

Allen Kolleginnen und Kollegen wünschen wir eine gesunde Zeit und dass wir alle diese Krise in gemeinsamer Kraftanstrengung und Solidarität überwinden!

Emanuel Schmidt
Bundesvorsitzender
Deutsche Justiz-Gewerkschaft